

ERWIDERUNG AUF PARTEI DER VERNUNFT

Von Klaus Karwat, Aktion Monetative
März 2010

Eine sich „Partei der Vernunft“ nennende Organisation kritisiert die von der Monetative geplante Reform der Geldschöpfung und stellt die Monetative als Schreckgespenst dar. In ihrer Kritik nimmt sie vor allem Bezug auf das Konzept des Ökonomen Friedrich August von Hayek, der in seiner Schrift „Entnationalisierung des Geldes“ eine vollständige Privatisierung der Geldschöpfung fordert. Ganz in Hayeks Sinne schreibt die „Partei der Vernunft“: „Tatsächlich ist es notwendig, die überkommene staatsmonopolistische Geldproduktion marktwirtschaftlichen Regeln und damit dem Wettbewerb zu unterwerfen.“

Freier Wettbewerb funktioniert bei Geldschöpfung nicht

Zuerst einmal sei angemerkt, dass es eine staatsmonopolistische Geldproduktion längst nicht mehr gibt. Der Großteil des heutigen Geldes, nämlich das umlaufende unbare Geld, wird von den privaten Geschäftsbanken „produziert“. Es trägt zwar noch den Namen des von der Zentralbank emittierten Bargeldes, ist aber kein Zentralbankgeld, sondern Geschäftsbankengeld. Es steht über die internationale Währungsordnung durchaus im internationalen Wettbewerb mit anderen frei konvertiblen Währungen. Insofern ist die Hayeksche Vision fast schon Wirklichkeit geworden. Warum funktioniert sie aber nicht richtig? Die Anhänger Hayeks behaupten, weil es eben immer noch staatliche Zentralbanken gebe, die mit einem kleinen Rest staatlicher Geldemission den freien Wettbewerb der Privatwährungen zu sehr behindern.

Tatsächlich aber würde eine vollständige Privatisierung der Währung keinesfalls zu einer vernünftigen und gerechten Geldordnung führen. Denn ein echter Wettbewerb zwischen verschiedenen Währungen innerhalb eines Staatsgebiets ist kaum denkbar. Das würde ja bedeuten, dass es eine Vielzahl von Währungen gibt, zwischen denen sich der Geldbenutzer jeweils entscheiden muss. Geld müsste bei Überweisungen dann oft in andere, konkurrierende Währungen umgetauscht werden, die noch dazu in ihrem Wert schwanken. Aus ganz praktischen Erwägungen würde deshalb entweder ein Monopol oder ein Oligopol von zwei oder drei großen privaten Währungen entstehen. Die privaten Emittenten dieser Währungen wäre dann die größten und finanzstärksten Machthaber innerhalb des Staates, die den Staat vermutlich beherrschen würden.

Verstaatlichung des Geldes: Ja, der Banken: Nein.

Die Frage der Geldschöpfung berührt die Aufgabenverteilung zwischen Staat und Wirtschaft in einer marktwirtschaftlichen Ordnung. Das heutige System der marktwirtschaftlichen Ordnung basiert unter anderem auf den Ideen des berühmten amerikanischen Ökonomen Irving Fisher, der sich in seinem letzten Buch „100%-Geld“ ausführlich mit dem Thema Geldschöpfung befasst hat. Als überzeugter Anhänger einer marktwirtschaftlichen Ordnung fordert Fisher: Verstaatlichung des Geldes, ja, Verstaatlichung der Banken, nein. Die Monetative greift die Argumentation von Irving Fisher auf und wendet sie auf die heutige Situation an:

-Nur eine Verstaatlichung der Geldschöpfung ermöglicht es, weiterhin den Bestand von privaten Banken zu garantieren. Denn bei Krisen der Geldordnung mit unsicherer privater Geldschöpfung muss im Endeffekt der Staat einspringen, um die Einlagen zu garantieren und einen Zusammenbruch des Systems zu verhindern. Die logische Folge solcher Rettungsaktionen ist aber die Verstaatlichung von Banken. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Hypo Real Estate Bank.

- Wenn einzelne private Marktteilnehmer Geld schöpfen können, dann verzerrt das den Wettbewerb. Dies gilt sowohl für Banken als auch für andere Unternehmen: Große Banken werden in einem System privater Geldschöpfung bevorzugt, da nur große Banken (aus den oben genannten Gründen) Geld emittieren können. Völlig privatisierte Geldschöpfung wird auch den Prozess des Zusammenschlusses zwischen Banken und Großunternehmen weiter beschleunigen. Schon heute betreiben viele Großunternehmen ja bereits ihre eigenen Banken. Gegen solche Konglomerate, die auch ihr eigenes Geld produzieren, werden kleinere und mittelständische Unternehmen ohne eigene Banken keine faire Chance mehr haben.

-Wenn sich der Staat die von den Geschäftsbanken usurpierte Zuständigkeit zur Geldschöpfung zurückholt, könnte die Staatsverschuldung entscheidend abgebaut werden.

Problem Staatsverschuldung

Zum Problem Staatsverschuldung schreibt die „Partei der Vernunft“ folgendes: „Eine wichtige Aufgabe des staatlichen Papiergeldmonopols besteht in der Finanzierung des Schuldenstaates.“

Dazu ist zu sagen, dass die geringen Mengen an staatlichem Papiergeld niemals zur Finanzierung des gewaltigen öffentlichen Schuldenberges ausreichen würden. Die öffentliche Hand hat sich vor allem in von privaten Geschäftsbanken geschöpftem unbarem Geld verschuldet. Diese Verschuldung könnte durch öffentliche Geldschöpfung entscheidend abgebaut werden. Denn anstatt den Banken durch die Überlassung der Zuständigkeit für Geldschöpfung ungerechtfertigte Seigniorage-Gewinne zu verschaffen, könnte der Staat mit diesen Gewinnen seine eigene Verschuldung abbauen.

Gewaltenteilung

Darüber hinaus behauptet die „Partei der Vernunft“, dass es niemals unabhängige öffentliche Organe gebe und die Monetative sich durch die Forderung nach einer vierten Ebene der Gewaltenteilung selbst in Zweifel stelle. Es erfordert zweifellos ein gewisses Maß an historischer Entwicklung eines staatlichen Gemeinwesens, um eine effektive Gewaltenteilung zu etablieren. Auch die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Exekutive und Judikative ist nicht über Nacht entstanden, und auch sie muss beständig überwacht und weiterentwickelt werden. Trotzdem zählt sie zu den großen Errungenschaften moderner Staaten. Eine unabhängige Ebene „Monetative“ müsste nicht über Nacht neu entstehen. Sie wäre die konsequente Weiterentwicklung der bereits heute bestehenden Unabhängigkeit der staatlichen Zentralbanken. Natürlich wäre auch eine Monetative an gesetzliche Vorschriften gebunden und müsste von anderen staatlichen Ebenen wie der Legislative Vorgaben erhalten. Trotzdem wäre sie in ihrer Entscheidung über Ausmaß und Technik der Geldschöpfung genauso unabhängig wie heute die Gerichte bei der Rechtsprechung.

Ermittlung der optimalen Geldmenge

Auch glaubt die „Partei der Vernunft“ zu wissen, dass nur der Markt entdecken könne, was die optimale Geldmenge sei. Dies halten wir für einen blinden Glauben an den Segen von Marktprozessen. Der Markt kann genauso wenig die optimale Geldmenge ermitteln wie gerechte Urteile fällen oder eine optimale Raumplanung durchführen, um andere typisch öffentliche Aufgabenbereiche zu nennen. Die Geldmenge, die durch private Geldschöpfung ermittelt würde, wäre eine willkürlich entstandene Geldmenge. Private Geldemittenten wären, wie oben dargelegt, nicht durch Wettbewerb kontrolliert. Sie stünden hingegen in einem Dilemma: Einerseits haben sie betriebswirtschaftliche Gewinninteressen, andererseits sollen sie aber die volkswirtschaftliche Aufgabe der Geldschöpfung im Sinne des Allgemeinwohls durchführen. Diesen Spagat können private Banken nicht dauerhaft bewältigen. Eine optimale Geldmenge kann aber durch die wissenschaftlichen Analysen, die die Zentralbanken schon heute durchführen, recht genau ermittelt werden. Was eine Marktwirtschaft braucht, ist ein stabiles Geld, sonst gibt es kein Wertmaß, nach dem die wirtschaftlichen Transaktionen abgewickelt werden können. Die Stabilität des Geldes kann aber nicht den Transaktionen von privaten Akteuren überlassen werden. Auch Gewichts- und Längenmaße werden vom Staat festgelegt und nicht von denjenigen, die mit den gemessenen Waren handeln. Banken sollen mit Geld handeln, aber nicht die Gesamtmenge von Geld festlegen und damit dessen Wert kontrollieren dürfen.

Ähnlichkeiten zwischen Monetative und „Partei der Vernunft“

Offensichtlich ist sich die „Partei der Vernunft“ selbst bewusst, dass ihre Forderungen nach rein privater Geldschöpfung nicht realisierbar sind. Im Parteiprogramm findet sich im Abschnitt „Finanzen“ deshalb auch folgender Abschnitt: „Solange unser Papiergeldsystem Bestand hat, streben wir die Heranführung an einen Mindestreservesatz von 100 Prozent für Kundeneinlagen an, wie Nobelpreisträger Milton Friedman vorschlug. Dann wären die Sicht- und Sparguthaben bei einer Bankenpleite geschützt, da sie bei der Zentralbank hinterlegt wären. Die Banken müssten dann nicht mit Steuermilliarden gerettet werden. Eine (immer inflationäre) Ausweitung der Geldmenge durch Giralgeldschöpfung ist nicht mehr möglich.“ Genau dies will auch die Monetative erreichen. Nur wird die Giralgeldschöpfung bei uns nicht über eine 100%-Reserve unterbunden, sondern durch die Umwandlung der beiden Geldarten Zentralbankgeld und Giralgeld in einheitliches „Vollgeld“. Eine logischere und leichter durchführbare Methode, die zum gleichen Ziel führt wie eine 100%-Reserve. Wieso die „Partei der Vernunft“ die Monetative aber als Schreckgespenst karikiert, bleibt uns insbesondere nach Lektüre ihres Parteiprogramms unverständlich.

Literatur:

-Irving Fisher: 100%-Geld, deutsche Übersetzung Kiel, 2007

-Joseph Huber: Vollgeld, Berlin, 1998, S. 245-255

(Kapitel V.11: Privatgeld: Die verkehrte Alternative zum chartalen Geld)